

## Statement

**von Dr. Ulrich Schneider,  
Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbandes,  
zur Pressekonferenz am 12. September 2017**

Sehr geehrte Damen und Herren,

wie Sie wissen, haben sowohl ver.di als auch der Paritätische Wohlfahrtsverband gemeinsam mit dem Bündnis „Reichtum Umverteilen – ein gerechtes Land für alle!“ in den letzten Monaten – insbesondere über die sozialen Netze – intensive Aufklärungsarbeit betrieben dazu, warum aus unserer Sicht ein Umsteuern in der gegenwärtigen Finanzpolitik dieses Bundes notwendig ist, warum wir mehr Geld für öffentlichen Haushalte und vor allem der Kommunen benötigen und wie schließlich eine Steuerpolitik auszusehen hätte, die den Staat in die Lage versetzt, seinen Aufgaben nachzukommen. Wir wollen heute zweierlei: Zum einen möchten wir Ihnen die Ergebnisse einer aktuellen Meinungsumfrage vorstellen. Wir wollten wissen: Wie steht die Bevölkerung heute, knapp zwei Wochen vor der Bundestagswahl zur Frage der steuerpolitischen Umverteilung? Wie schätzt sie den staatlichen Investitionsbedarf auf Feldern wie Bildung oder Soziales ein und das staatliche Engagement generell? Zum anderen – dies wird Ihnen Frank Bsirske erläutern - möchten wir Ihnen unsere Vorstellungen dazu darlegen, warum wir Umverteilung brauchen und wie sie funktionieren kann.

Unsere Umfrage wurde zwischen dem 15. und dem 18. August durchgeführt. Da wir eine Umfrage mit zum Teil identischen Fragen auch vor den Bundestagswahlen 2013 in Auftrag gegeben hatten, können wir dabei auch der Frage nachgehen, ob sich in der Einstellung der Bevölkerung nach vier Jahren großer Koalition etwas geändert hat oder nicht. Die wichtigsten Befunde:

1. Die Vermögensverteilung in Deutschland wird von der ganz überwiegenden Mehrheit, nämlich drei Viertel der Bevölkerung, als ungerecht empfunden. Interessant dabei: Mit Ausnahme der FDP sind die Anhänger aller Parteien mehrheitlich dieser Auffassung. Die Spannweite reicht von 91 Prozent bei der SPD bis immerhin noch 55 Prozent bei den Anhängern von CDU/CSU. 70 Prozent der Befragten sind dabei auch der Ansicht, dass die Kluft zwischen Arm und Reich ein Maß erreicht hat, das den sozialen Frieden in Deutschland gefährdet. Dieser Meinung ist im Übrigen sogar auch die Mehrzahl der FDP-Gefolgschaft, die ansonsten mit der Gerechtigkeit im Lande eher weniger Probleme hat.
2. In einem weiteren Frageblock wollten wir wissen, wie weit die Menschen unsere Ansicht teilen, dass wir in Deutschland, insbesondere auf dem Feld des Sozialen, in der Bildung und der Wohnungspolitik einen besonders dringlichen Investitionsbedarf haben. Auch hier sind die Ergebnisse, wie wir vermuteten, eindeutig: 78 Prozent der Befragten denken, dass in der Bildung zu wenig investiert wird. 73 Prozent beklagen zu wenig

staatliche Investition für bezahlbare Wohnungen und 62 Prozent sind der Ansicht, dass in Soziales allgemein mehr investiert werden sollte. Als Kontrollfragen sind wir im Weiteren auch den Bereichen Klimaschutz und der Verteidigung nachgegangen. Hier waren nur noch 54 Prozent und 23 Prozent der Ansicht, es müsste mehr investiert werden. Es handelt sich also, was Bildung, bezahlbaren Wohnraum und Soziales angeht, um echte Präferenzen und Prioritäten, die die Menschen setzen.

Und wiederum zeigt sich: Mit Ausnahme der FDP finden sich deutliche Mehrheiten für mehr Investitionen in Bildung, Wohnen und Soziales bei den Anhängern aller Parteien.

3. Weiterhin wollten wir wissen: Wie wird das Engagement des Staates bei der Bekämpfung von Altersarmut, bei der Versorgung von Pflegebedürftigen, bei Hilfen für benachteiligte Kinder und Jugendliche, bei der Bekämpfung von Langzeitarbeitslosigkeit oder bei der Integration geflüchteter Menschen eingeschätzt? Ausreichend oder nicht?

Völlig eindeutig fielen die Antworten bei der Altersarmut, der Pflege und den Hilfen für benachteiligte Kindern aus. Gleich 84 Prozent der Befragten forderten ein stärkeres Engagement des Staates zur Bekämpfung der Altersarmut. 77 Prozent, über drei Viertel, sagten das gleiche von der Pflege und 72 Prozent bei den Hilfen für benachteiligte Kinder und Jugendliche. Die These, dass der Staat auf diesen Feldern mehr tun müsse, wird unter den Anhängern aller Parteien mit ganz großer Mehrheit gestützt. Selbst bei den Anhängern der FDP, einer Partei also, die bekanntermaßen sehr auf Privatisierung setzt, sind 70 Prozent der Ansicht, dass der Staat zu wenig zur Bekämpfung der Altersarmut tue. Auch bei den Unionsanhängern ist dies mit 76 Prozent der ganz vorherrschende Eindruck. Bei der Links-Partei sind es 87 Prozent und bei Bündnis 90/Die Grünen und SPD sogar 90 bzw. 91 Prozent.

Ein deutlich anderes Bild ergibt sich allerdings zur Frage, wie die Bevölkerung das Engagement des Staates für die Integration geflüchteter Menschen einschätzt. Nur 32 Prozent glauben, dass der Staat sich auf diesem Feld zu wenig engagiere, 38 Prozent halten das Engagement für genau richtig, und 22 Prozent sagen sogar, der Staat tue zu viel für die Integration Geflüchteter. An dieser Frage scheiden sich auch mehr oder weniger die Parteianhängerschaften: So sind die Anhänger von DIE Linke, SPD, CDU/CSU und Bündnis 90/Die Grünen ganz überwiegend dezidiert nicht der Ansicht, dass der Staat auf diesem Feld zu viel tue. Nur ausgesprochen kleine Minderheiten unter ihnen vertreten diese Ansicht (zwischen 2 und 13 %). Anders bei FDP und AfD. Bei der FDP ist es deutlich mehr als jeder Dritte (38 %) und bei der AfD sogar mehr als zwei Drittel (68 %) ihrer Anhängerschaft, die der Meinung sind, der Staat tue zu viel für die Integration der Flüchtlinge.

4. Kommen wir zur Steuerfrage: Drei Viertel der Bevölkerung ist der Auffassung, Personen mit sehr hohen Einkommen und großen Vermögen sollten mehr Steuern zahlen, um mehr Geld für öffentliche Aufgaben zur Verfügung zu haben. Und es sind wiederum ausschließlich die Anhänger der FDP, die solche Steuererhöhungen mehrheitlich ablehnen. Bei allen anderen Parteien liegen die Zustimmungsquoten ihrer Anhänger zur stärkeren Besteuerung hoher Einkommen und Vermögen bei 72 Prozent (AFD) und mehr. Mit 89 Prozent liegen die Anhänger von Bündnis 90/ Die Grünen noch vor SPD

und Linke mit jeweils 87 Prozent. Die Steuern der Wahl sind dabei klar die Vermögen- und die Einkommensteuer. Unter denen, die eine stärkere Besteuerung sehr hoher Einkommen und Vermögen befürworten, würden 77 Prozent die Vermögensteuer und 67 Prozent die Einkommensteuer erhöhen. Nur eine Minderheit, nämlich 45 Prozent, plädiert für die Erbschaftsteuer.

Vergleichen wir diese aktuellen Befunde mit unserer Umfrage vor den letzten Bundestagswahlen, zeigt sich: Die Ergebnisse sind fast oder sogar völlig identisch: Damals wie heute halten drei Viertel der Bevölkerung die Vermögensverteilung in Deutschland für ungerecht. Die Zahl derer, die für eine stärkere Besteuerung hoher Einkommen und Vermögen ist, ist mit drei Viertel ebenfalls konstant geblieben.

Es zeigt sich:

Die Politik der großen Koalition hat ganz offensichtlich nicht dazu geführt, dass die Menschen den Eindruck gewonnen hätten, der Handlungsdruck des Staates bei sozialen Investitionen und sozialem Engagement hätte abgenommen. Die Politik der großen Koalition hat offensichtlich nicht dazu geführt, dass heute weniger Menschen denken Steuererhöhungen wären verzichtbar. Die ganz breite Mehrheit der Bevölkerung will heute, zwei Wochen vor der Bundestagswahl, einen Kurswechsel in der Steuerpolitik, damit der Staat seinen drängenden sozialpolitischen und bildungspolitischen Aufgaben nachkommen kann. Daran haben ganz offensichtlich auch der permanente Verweis des Finanzministers auf sprudelnde Steuerquellen und Rekordüberschüsse ebenso wenig geändert wie die permanenten Jubelmeldungen zur deutschen Wirtschaftsentwicklung. Was ihre steuerpolitischen Vorstellungen anbelangt, lassen sich die Menschen durch Jubelmeldungen nicht blenden, sondern behalten vielmehr einen klaren Blick auf die bitteren Realitäten in dieser Republik: Immer mehr Menschen, die in Altersarmut zu fallen drohen, wenn politisch nicht gegengesteuert wird, Millionen von Kindern und Jugendlichen in Einkommensarmut, abgehängt in Hartz IV. Lehrermangel, Erziehermangel, Mangel an Pflegekräften und schließlich vielerorts massive Einschränkungen, was kommunale Einrichtungen und Angebote von Vereinen und Verbänden angeht, Bibliotheken, deren Buchbestand immer dünner wird oder die gleich ganz geschlossen werden, Kürzungen und Einsparungen bei Schwimmbädern, Kulturangeboten, Jugendzentren und Altenclubs. Das ist vielerorts die bittere Realität in vielen deutschen Kommunen. Das ist das, was die Menschen aller regierungsoffiziellen Erfolgsmeldungen in diesem Wahlkampf zum Trotz registrieren.

Die Menschen wollen in ganz großer, parteiübergreifender Mehrheit eine solidarische Steuerpolitik, die Reiche stärker zur Verantwortung für dieses Gemeinwesen heranzieht und den Staat wieder in die Lage versetzt, in das Soziale zu investieren. Das zeigen unsere Umfrageergebnisse ganz zweifelsfrei. Wie immer die nächste Bundesregierung aussehen wird: Deutschland muss endlich wieder zu einer gerechten und auskömmlichen Steuerpolitik zurückfinden, als Grundlage und Voraussetzung für einen handlungsfähigen Staat, handlungsfähige Kommunen und eine Sozialpolitik, die alle mitnimmt und keinen zurücklässt.